

**Rede  
der Sprecherin für Verfassungsschutz**

**Wiebke Osigus, MdL**

zu TOP Nr. 5a

Aktuelle Stunde

**Corona-Proteste auf unseren Straßen: Stresstest für  
Demokratie und Polizei**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/10610

während der Plenarsitzung vom 26.01.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Wir kommen aus den Stiefeln nicht mehr raus“! Dieses Zitat und die angestregten und entschlossenen Blicke unserer Polizistinnen und Polizisten beschreiben eindrücklich die momentane Polizeiarbeit an der Belastungsgrenze im Zusammenhang mit dem extremistischen Teil der Corona Proteste. Unser fraktionsübergreifender Dank und unsere Wertschätzung gilt in diesem Moment sämtlichen Einsatzkräften hier in Niedersachsen für ihre vorbildliche und deeskalierende Einsatzbewältigung.

Meine Damen und Herren,

sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, Meinungen zu äußern, zu protestieren und zu kritisieren, ist ein hohes Gut in unserem Staat und auch ein wichtiges Element des politischen Diskurses. Solche Versammlungen sind verfassungsrechtlich geschützt und ausdrücklich in meinen folgenden Ausführungen nicht gemeint.

Befassen möchte ich mich nun mit denjenigen, die sich unter dem Stichwort „Spaziergang“ zusammenfinden, den Staat und das Rechtssystem unterlaufen möchten, die zu Gewalt aufrufen. Solcher Tumult auf Niedersachsens Straßen verdient aus unserer Sicht das Wort „Spaziergang“ nicht!

Dezentral organisiert, zum Teil ohne Einhaltung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln, ein wildes Sammelbecken verschiedener ideologischer Strömungen. Ein bewusstes Unterlaufen des Versammlungsrechts, in vielen Fällen direkt auf Provokation und Konfrontation angelegt. Ein kleiner Teil im Verhältnis zu denjenigen, die sich richtigerweise für eine Impfung und die Einhaltung der geltenden Regeln entschieden haben.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich in diesem Zusammenhang folgendes klarstellen:

Erstens. Wer Kinder bewusst als Schutzschilder gegen polizeiliche Maßnahmen einsetzt und dabei die Eskalation in Kauf nimmt, hat jedes Maß verloren. Ein derartiger Vertrauensbruch gegenüber den Kindern und eine derartige Verletzung der Elternpflichten ist durch nichts – ich wiederhole: durch nichts – zu rechtfertigen.

Zweitens. Wer in einer Demokratie offen „Diktatur“ schreit, verhöhnt diejenigen, die in diktatorischen Regimen leben, die nicht offen sprechen können, die selbst oder deren Angehörige politische Gefangene sind und die tagtäglich um ihr Leben und ihre Liebsten bangen müssen.

Drittens. Wer mit dem Begriff „Freiheit“ gegen die Impfungen argumentiert, verkennt, dass es genau diese Impfung ist, die zu einer unbeschwerteren Lebensweise und damit gerade zu der gewünschten „Freiheit“ führen wird.

Viertens. Es wird trotzdem alles getan, damit genau diese illegalen Zusammenkünfte nicht zu Hotspots werden. Diejenigen, die sich dort ereifern, werden zusätzlich noch vor sich selbst geschützt, obgleich sie sich „schutzlos“ und „ausgeliefert“ fühlen. Ich finde, das sagt an sich schon alles.

Fünftens. Wer nicht weiß, wo er herkommt, weiß auch nicht, wo er hingeht. Den sogenannten „Judenstern“ mit dem Wort „ungeimpft“ offen zur Schau zu tragen, zeugt nicht nur von absoluter Geschichtsvergessenheit, sondern es ist auch eine Respektlosigkeit sondergleichen gegenüber den Holocaust-Überlebenden sowie denjenigen, die sich aktiv um die Gedenkstätten und die Erinnerungsarbeit in Niedersachsen kümmern. An dieser Stelle auch hierfür einen ausdrücklichen Dank für genau dieses Engagement.

Sechstens. Und letztens: Wer sich anonym und virtuell zu gewalttätigen Ausschreitungen verabredet, wer in Messenger-Diensten hetzt, wer einschüchtert und eine Drohkulisse gegenüber Politikerinnen und Politikern aufbaut, befindet sich außerhalb der Leitplanken unseres Rechtsstaates und muss hierfür alle staatlichen Konsequenzen erfahren.

Lassen Sie es mich noch deutlicher sagen: Es muss klar sein, dass im virtuellen Raum dieselben Grenzen gelten wie „in Echt“. Jede Form von Bedrohung ist indiskutabel.

Meine Damen und Herren,

in Anbetracht der Zahlen der Geimpften und Geboosterten, in Anbetracht der Bekundungen des Zusammenhaltes und der Mehrheiten, die sich den eben genannten Gruppen entgegenstellen, bin ich überzeugt davon, dass Zusammenhalt den Weg aus dieser Pandemie weisen wird.

Alle, die wie wir auf dem Boden des Rechtsstaates stehen und die auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse unsere Entscheidungen treffen, sind mehr. Wir stehen schützend vor den Schwächeren, wir werden weiterhin verhindern, dass das Virus uns die Liebsten nimmt, wir zeigen uns solidarisch.

Denn: Solidarität ist das Seil, das hält, wenn alle Stricke reißen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.